

Pomadige Post

In dieser Woche hat die Deutsche Post eingeräumt, dass es teilweise erhebliche Probleme bei der Briefzustellung gebe, vor allem in Berlin. Die Leserschaft dieser Zeitung kennt das Problem, weil wir seit dem Ende der Sommerferien darüber berichten. Die Post ist eigentlich dazu verpflichtet, im Schnitt 80 Prozent aller Briefe am Werktag nach dem Einwurf zu überbringen, am Tag danach sollen es mindestens 95 Prozent sein.

Diese Berichte nahm ein Leser zum Anlass für einen Versuch. Martin Domschat aus Friedrichshain schrieb im Oktober 19 Briefe an sich selbst. Das Ergebnis: Nur 42 Prozent waren am nächsten Tag da, 37 Prozent am Tag zwei, 21 Prozent erst drei Tage später. „Es trifft also nicht zu, dass die Post die Zielvorgabe einhält“, schreibt er.

Dabei hat er Glück, andere klagen darüber, dass sie über Wochen keine Post bekommen oder wenn, dann werde nur einmal pro Woche all das gebracht, was sich angesammelt hat. Die Post klagt über Personalmangel und umwirbt seit Monaten potenzielle Zusteller damit, dass sie ihren Mitarbeitern mehr bezahlt als die Konkurrenz. „In Berlin haben wir seit Juli mehrere hundert neue Zusteller eingestellt“, sagte Johannes Nedo von der Post in Berlin.

Außerdem Sorge die Pandemie für hohe Corona-Infektionszahlen, wodurch das Personal in einigen Betriebsstätten „reihenweise“ ausfalle. Es gibt noch einen weiteren Corona-Effekt. In der Pandemie verloren viele Leute, etwa in der Gastronomie, ihre Jobs und gingen zum Zustelldienst. „Zuletzt sind Beschäftigte, die während des Corona-Lockdowns zu uns gewechselt sind, wieder in ihre früheren Berufe zurückgekehrt“, sagte Nedo.

Insgesamt sei die Arbeitsmarktsituation sehr angespannt. Da das auch andere Zusteller betreffe, könnten auch die ihre Verträge nicht immer erfüllen und geben vermehrt Briefe und Pakete an die Post, damit die sie verteilt. „Wir sind als Deutsche Post gesetzlich dazu verpflichtet, jeden Brief und jedes Paket zuzustellen“, sagte Nedo.

Wichtig ist derzeit auch, ob es Probleme beim privaten Zustelldienst PIN AG gibt. Mit diesem hat das Land Berlin vertraglich vereinbart, dass er Behördenpost zustellt, aber auch die Briefwahlunterlagen – und Anfang 2023 könnte es eine Wiederholung der Berlin-Wahl geben. In den vergangenen Wochen gab es auch über die PIN AG immer mal wieder Beschwerden, zum Beispiel von der Steuerberaterkammer, weil einzelne Unterlagen von Finanzämtern nicht rechtzeitig zugestellt wurden. Das kann für Probleme sorgen, wenn dadurch Fristen nicht eingehalten werden.

Die Senatsfinanzverwaltung teilte der Berliner Zeitung mit: „Das Problem mit den Postzustellungen der PIN AG ist der Finanzverwaltung bekannt. Es lagen mehrere Beschwerden über verspätete Zustellungen vor.“ Deshalb gab es bereits im August Gespräche. Die PIN AG habe erläutert, dass die Ursachen coronabedingt seien. „Hinzu kämen organisatorische Probleme bei Zustellern und bestimmten Depots. Das Unternehmen arbeitet an Lösungen.“

Derzeit sind bei PIN insgesamt 900 der 1266 Mitarbeiter in der Zustellung. Auf die Frage, ob die Firma ähnliche Personalprobleme wie die Post habe, teilte Unternehmenssprecher Peter Kaiser mit: „Diese Frage können wir nicht beantworten, weil wir keine Kenntnis darüber haben, welcher Art die Personalprobleme bei der Deutschen Post sind.“ Die PIN AG sei in der Lage,

die Post der Kundschaft „vertragskonform zu befördern und auszuliefern“. Es gebe nur vereinzelt auftretende Probleme, denen unverzüglich nachgegangen werde. Auf die Frage, ob die Zustellung der Wahlunterlagen bei einer Neuwahl sichergestellt werden könne, lautet die Antwort: „Ja!“

Bei der Gewerkschaft sind die Probleme bekannt. „Beide Unternehmen haben seit Jahren erhebliche Probleme, neue Mitarbeiter für die Zustellung zu finden und langfristig an sich zu binden“, sagte Lutz Kämmerer von Verdi. Es gehe nicht nur ums Geld. Da liegt der Einstiegslohn bei PIN bei etwa 12,60 Euro, bei der Post bei etwa 13,80 Euro. Bei der Arbeitsorganisation wie der Planung von Urlaub und freien Tagen sei PIN inzwischen besser. „Trotzdem ist die Verweildauer der Zusteller bei der Deutschen Post derzeit noch länger“, sagte der Verdi-Mann. „Ich betone: noch. Denn gestandene Post-Leute sagen inzwischen: Das tue ich mir nicht länger an.“ Jens Blankennagel